morden das chinesische Volk. Sie tun alles, um die Sowjetunion zum Krieg zu provozieren, und es ist nur dem eisernen Friedenswillen der Sowjetregierung zu danken, daß den japanischen Imperialisten ihr Vorhaben bisher nicht glückte.

**Hohe Gefahr für die Sowjetunion und für Sowjetchina!** Die Kriegsschiffe der Imperialisten, allen voran die Japans, fahren den Yangtse hinauf. Denn einmal im Besitz der Einfallstore und Schlüsselpunkte, wollen die Imperialisten auch Innerchina unter ihre Botmäßigkeit bringen, Innerchina, wo in großen Provinzen die Bauernarmut das Joch der Grundbesitzer dieser Knechte der Imperialisten abgeschüttelt und Sowjetregierungen errichtet hat. Sowjetchina droht das gleiche Schicksal wie Tschapei.

Die Nankinger Kuomingtang-Regierung Wangtschinwei spielte die Rolle eines hündischen unterwürfigen Stiefelleckers der Imperialisten, der das chinesische Volk unterdrückt und verkauft.

Der Massenmord im Fernen Osten hat alle imperialistischen Gegensätze in schärfster Form aufgerissen. Schon machen die amerikanischen Bankiers und Fabrikanten mobil, um die Vorherrschaft ihrer japanischen Raubkonkurrenten zu verhindern und ihre eigenen Roh- und Absatzmärkte zu sichern. Frankreich seinerseits macht offen gemeinsame Sache mit den japanischen imperialistischen Mördern. Die herrschende Klasse Frankreichs unterstützt die japanischen Mordbanden mit Geld und Waffen.

Es ist klar, daß die im Stillen Ozean entbrannten imperialistischen Gegensätze nicht ohne Rückwirkung auf die Lage in Europa bleiben, es ist klar, daß sie zum Beispiel die famose Abrüstungskonferenz aufs stärkste beeinflussen werden. Schon wittern die Rüstungsfabrikanten, die am Menschenmord ihr Geld verdienen, Morgenluft. Eben erst wird gemeldet, daß über den Harburg-Hamburger Hafen neue große Waffen- und Munitionslieferungen nach China und Japan abgegangen sind.

Und der ehrenwerte Völkerbund der Herren Sozialdemokraten, der Breitscheid, Macdonald und Blum? Er bittet, während die Bomben krachen, die Granaten explodieren, die Menschen verbluten — er bittet unterdes die Japaner und Chinesen, sich doch nicht zu zanken. Sie haben einen Völkerbund, sie schließen einen Kellog-Pakt, sie vereinigen sich auf Abrüstungskonferenzen. **Heuchelei! Heuchelei!**

Die Herren Imperialisten und ihre sozialdemokratischen Lakaien betreiben hinter dem Nebel ihrer Friedensreden, unter den Papiermauern ihrer Verträge den Krieg vor. Sie haben den werktätigen Völkern einreden wollen, daß die Sache des Friedens bei ihnen gut aufgehoben sei. Aber das Knallen der japanischen Salven und das Schreien der sterbenden Menschen erstickt ein für allemal die Lüge.

Die Herren Imperialisten führen Krieg. Die sozialdemokratischen Führer stehen an ihrer Seite. Aber die Kommunistische Weltpartei organisiert die Kräfte gegen die imperialistische Metzelei. Karl Liebknechts Geist lebt! Seine Losung: „Krieg dem imperialistischen Krieg!" zündet über Tausende von Meilen hinweg in die Massen der japanischen Werktätigen.

Unsere kommunistische Bruderpartei in Japan und unsere Klassengenossen in den roten Gewerkschaften Japans entfalten unter den Truppen des Mikado eine breite Agitation gegen den Raubkrieg. Sie rufen in den Betrieben zu Streiks auf. Und schon beginnt das japanische Proletariat sich zu rühren!

In China ruft unsere dortige Bruderpartei zum bewaffneten Volksaufstand gegen die japanischen Imperialisten und ihre Helfershelfer unter den chinesischen Feudalen und der chinesischen Bourgeoisie auf!

Arbeiter Deutschlands! Tut eure Pflicht! Beruft Massenversammlungen gegen den japanischen Raubzug ein! Mobilisiert alle Klassengenossen in den Betrieben und auf den Stempelstellen! Das deutsche Proletariat muß seine Hand erheben. Es muß alle seine Kräfte in Bewegung setzen, um denen in den Arm zu fallen, die das chinesische Volk mit Krieg überziehen und Sowjetchina wie die Sowjetunion angreifen wollen.

Inmitten der Flammenzeichen des neuen imperialistischen Krieges pflanzen wir Kommunisten die Fahne der internationalen proletarischen Solidarität auf. Und diese Fahne wird siegreich wehen, wenn die Völker den Machenschaften der imperialistischen Kriegstreiber ein Ende machen.

## Die Eroberung der werktätigen Frauen für die proletarische Revolution ist Sache des ganzen revolutionären Proletariats!

Darum Genossen, organisiert in allen Stadtteilen, Instruktorgebieten öffentliche Frauenversammlungen agitiert überall für die 5 Unterbezirkskonferenzen der werktätigen Frauen! Werbt und verbreitet die Kämpferin!

## Scharfer Protest der Sowjetunion gegen Japan

**Moskau**, 29. Januar (Eig. Drahtbericht)

**Heute besuchte der japanische Gesandte in Moskau, Hirota, den stellvertretenden Volkskommissar für äußere Angelegenheiten, den Genossen Karachan, um ihm wegen der Beförderung japanischer Truppen auf der Ostchinabahn eine Mitteilung zu machen.**

**In dieser Mitteilung erklärte der japanische Botschafter, daß die Truppentransporte zum Schutze der japanischen Bevölkerung usw. geschehen seien.**

Genosse Karachan legte vor allen Dingen dagegen Verwahrung ein, daß der Generalstab Japans, ohne irgend jemand zu fragen, **bereits die Ostchinabahn zur Beförderung von Truppen verwandt** und erst 12 Stunden nach dieser Tat offiziell davon Mitteilung gemacht habe.

Genosse Karachan erklärte weiter, daß die Ostchinabahn bekanntlich von der Sowjetunion und China **gemeinsam verwaltet werde und daß von der Genehmigung Chinas die Genehmigung der Sowjetunion abhängt.**

## Gegensätze zwischen den Imperialisten

**Neuyork, 29. Januar.**

**Das Vorgehen der Japaner in Schanghai, das zu einer der wichtigsten chinesischen Einflußsphären des amerikanischen Kapitals gehört, hat in Amerika, das mit Japan seit langem im Konkurrenzkampf um die Herrschaft im Stillen Ozean liegt, große Erregung ausgelöst.**

**Außenminister Stimson hat eine offizielle Anfrage an die japanische Regierung gerichtet, welche Absichten sie bezüglich Schanghai verfolgt. Amtliche amerikanische Kreise betonen mit Schärfe, daß Amerika eine etwaige Besetzung der internationalen Niederlassung oder eine Blockade des Schanghaier Hafens durch die Japaner nicht zulassen werde.**

# Jeder 5. Einwohner Sachsens erwerbslos

## Neuer Anschlag zur Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung durch Notverordnung

**Die Lage des Arbeitsmarktes in Sachsen nimmt immer katastrophalere Ausmaße an. Von 700 000 Erwerbslosen Sachsens, die bei den Arbeitsämtern gemeldet sind, erhalten etwa 170 000 keinerlei Unterstützung. Arbeitslosenunterstützung wird gezahlt an 156 470, Krisenunterstützung an 169 236, während 226 952 auf die lumpige Wohlfahrtsunterstützung angewiesen sind. Eingerechnet die Familienangehörigen ist jeder fünfte Einwohner in Sachsen von der Erwerbslosigkeit unmittelbar betroffen.**

In Dresden hat die Zahl der Erwerbslosen in den ersten zwei Wochen des Jahres eine Steigerung um 5 000 erfahren, so daß die Gesamtzahl 112 675 beträgt. Von diesen erhalten nach Mitteilung des Arbeitsamts nur 22 426 Arbeitslosenunterstützung, während die Zahl der Krisenempfänger 24 534 beträgt. Rund 36 000 Erwerbslose sind auf die völlig unzulängliche Wohlfahrtsunterstützung angewiesen und fast 30 000 stehen ohne jede Unterstützung da, dem Hungertode ausgeliefert.

Immer rasender steigt die Zahl der Arbeitslosenarmee, immer unerträglicher wird das Elend und schon plant nach Mitteilung der Schwerindustriellen Kölnischen Zeitung die Brüningregierung eine **neue Notverordnung gegen Erwerbslose.**

Neue ungeheure Verschlechterungen sollen die Lebenshaltung der Erwerbslosen auf das Niveau des chinesischen Kulis, der sein Leben mit einer Handvoll Reis täglich fristet, herabdrücken. Nach Meldung der Kölnischen Zeitung, soll es sich um folgende Fragen bei der neuen Notverordnung handeln:

**Der innere Apparat der Arbeitslosenversicherung soll dadurch „vereinfacht" werden, daß die Vorstände der Arbeitsämter diktatorische Befugnisse** gegenüber dem Verwaltungsrat erhalten. Das Schicksal der Arbeitslosen wird vollständig den reaktionären Arbeitsamtsdirektoren ausgeliefert. Der letzte Schein einer sogenannten Arbeitervertretung, die bisher praktisch in fast allen Fällen auf seiten der Arbeitsamtsdirektoren stand, wird jetzt beseitigt.

Außerdem soll der seit langem bestehende Plan einer Zusammenlegung der Arbeitslosenversicherung der Krisenfürsorge und Wohlfahrtsfürsorge in eine einheitliche Arbeitslosenfürsorge erfolgen. Als Höchstsätze sollen in Zukunft nur noch die Wohlfahrtssätze ausgezahlt werden. Außerdem wird die Bedürftigkeitsprüfung erneut verschärft. Die Durchführung dieser Maßnahme bedeutet die Erfüllung eines Antrages, der auf dem Frankfurter ADGB-Kongreß angenommen wurde.

Die „Eiserne Front" hat die Sicherung der faschistischen Brüningdiktatur übernommen. Unter dieser Firma sollen die Werktätigen vor den Karren Brünings gespannt werden.

**Nur die Kommunistische Partei schmiedet die rote Einheitsfront zum Kampf um die Lebensforderungen der Arbeiter und Arbeitslosen!**

# Neue Notverordnung gegen rote Betriebsräte!

## Neuwahl durch Rücktritt der Betriebsräte soll für rechtsunwirksam erklärt werden

Amtlich wird mitgeteilt: „Durch Verordnung der Reichsregierung vom 11. Dezember 1931 ist die Amtsdauer derjenigen Betriebsvertreter, deren Amt durch Ablauf der Wahlzeit im Kalenderjahr 1932 enden würde, um 1 Jahr verlängert worden, um die Kosten und wirtschaftlichen Störungen durch allgemeine Neuwahlen in den nächsten Monaten zu vermeiden.

**Nach Mitteilungen kommunistischer Zeitungen scheint es, als ob die rote Gewerkschafts-Opposition versuchen wolle, durch Niederlegung der Aemter ihrer Anhänger in möglichst vielen Betrieben trotzdem Neuwahlen zu erzwingen. Ein solcher Versuch hat keine Aussicht auf Erfolg. Abgesehen davon, daß es zweifelhaft ist, ob Maßnahmen rechtswirksam sind, die nur zu dem Zwecke erfolgen, eine mit Gesetzeskraft verordnete Regelung der Amtsdauer zu beseitigen, ist es selbstverständlich, daß der Reichsarbeitsminister den für nötig gehaltenen Aufschub der Betriebsrätewahlen durch geeignete Mittel, im Bedarfsfalle durch eine ergänzende Rechtsverordnung, sicherstellen wird. Die Amtsniederlegung einzelner Betriebsratsmitglieder könnte nur zum Verlust ihres Einflusses auf die Handhabung der Betriebsratsgeschäfte und zum Wegfall ihres Kündigungsschutzes führen."**

Diese amtliche Mitteilung der Brüningregierung spricht aller wünschenswerter Deutlichkeit, welchem Zweck das Hinausschieben der Betriebsrätewahlen dient. Der **starke Vormarsch der RGO** in den Betrieben soll dadurch aufgehalten werden. Die Erklärung der Brüningregierung besagt nichts anderes, als daß in Zukunft **1932 unter keinen Umständen irgendwelche Betriebsratswahlen stattfinden sollen.** Das Betriebsrätewahlgesetz ist — einstweilen nur für 1932 — **völlig außer Kraft gesetzt.**

Die ADGB-Führer haben dieser ungeheuerlichen Anordnung ihre Zustimmung gegeben. In allen Gewerkschaftsversammlungen, in allen Betriebsversammlungen müssen jetzt die Arbeiter den **schärfsten Kampf gegen das Verbot der Betriebsrätewahlen für 1932** fordern und organisieren. Ein elementares Recht ist den Betriebsarbeitern mit Hilfe und Unterstützung der Gewerkschaftsführer, der „Eisernen Front", genommen worden. Unter Führung der KPD und RGO werden die Arbeiter einheitlicher roter Front sich dieses Recht zurückerobern.

**Die Massen begrüßen die Kandidatur Thälmanns**

# Arbeiter strömen zur KPD

## In allen Versammlungen der roten Einheitsfront Massenaufnahmen für Partei und Presse. SAJ-Genosse in Gruna zum KJVD übergetreten

**Die gestrigen Versammlungen der roten Einheitsfront in Dresden standen völlig im Zeichen des siegreichen Vormarsches der Kommunistischen Partei. Einen glänzenden Verlauf nahm die Kundgebung in den Blumensälen. Dort wurden nach einer aufrüttelnden Ansprache des Genossen Sieget 18 neue Klassenkämpfer für die KPD gewonnen. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde die Aufstellung des Arbeiterkandidaten Thälmann als Kampfansage an die Hindenburgfront begeistert begrüßt.**

**Gegen die Schließung des Johannstädter Krankenhauses wurde von den versammelten proletarischen Einwohnern schärfster Protest erhoben.**

**Im „schwarzen" Gruna sprach vor 400 Werktätigen der Gen. Schliebs unter großem Beifall.**

**Ein SAJ-Genosse erklärte seinen Uebertritt zum KJVD. Mit ihm traten 7 Arbeiter in die KPD ein.**

**4 Frauen wurden zum kommenden Dresdner Kongreß werktätiger Frauen delegiert.**

Die Versammlung in Hammers Hotel, in der Genosse Dr. Helm sprach, nahm ebenfalls einen glänzenden Verlauf. Ueberall wurden neben Parteiaufnahmen auch Arbeiterdelegierte und Volksecholeser geworben.

**Aber nicht nur Dresden zeigt diesen Vormarsch.** In den Landgebieten geht es vorwärts. In Cunnersdorf sprach in einer Einwohnerversammlung Genosse Girndt für die rote Einheitsfront, gegen den faschistischen Hindenburgblock. Nach dem Referat traten 4 Einwohner der KPD bei und 7 bestellten die „Illustrierte Volksecho".

### Roter Vormarsch auf dem Lande

Der Ortsgruppe Beerwalde gelang es, durch ihre aufbildliche Arbeit in vergangenen Monaten eine Reihe von Ortsgruppen zu gründen, welche dem UB Freiberg angegliedert wurden. Jetzt meldet Beerwalde, daß in Kunnersdorf sechs Arbeiter der Partei beigetreten sind. Die Gründung der Ortsgruppe steht bevor. Die Ortsgruppe Beerwalde hat bewiesen, daß große Erfolge zu erzielen sind, wenn die Ortsgruppen, die von der UBL zugewiesenen ländlichen Orte systematisch bearbeiten.

# Der Riesaer Arbeitermord der Nazis

## Beginn der Schwurgerichtsverhandlung . Reichsbannerarbeiter durch 5 Stiche von Nazis getötet . Reichsbannerproleten, her zur roten Klassenfront gegen Faschismus!

Seit gestern wird vor dem Schwurgericht am Münchner Platz in Dresden der Prozeß gegen die Mörder des Reichsbannermannes Arno Wolf aus Riesa verhandelt. Sämtliche Angeklagte gehören den Nazis an. Wiewohl die Planmäßigkeit des Angriffs auf die Arbeiter feststeht — die Nazis hatten Angehörige aus anderen Orten nach Riesa gezogen — lautet die Anklage nur auf **Körperverletzung mit Todesfolge, Raufhandel, gefährliche Körperverletzung, groben Unfug und Vergehen gegen die Verordnung vom 15. 3. 1931.**

Der Sachverhalt: Die Nazis hatten am 3. November 1931 eine Veranstaltung in Riesa. Wahrscheinlich schon vorher entsprechend instruiert und in der Veranstaltung noch besonders aufgehetzt, rempelten sie in größeren Trupps Arbeiter auf der Straße an. Es wurden zuerst die Reichsbannerarbeiter Wachs und Eltschig mit harten Gegenständen verprügelt.

An der Einmündung der Schulstraße fielen sie auf einen Pfiff des Angeklagten Helmicke über den Reichsbannermann Wolf her.

**Durch fünf Stiche wurde Wolf von dieser entmenschten Horde ermordet**

Ein Stich hatte das Herz getroffen und dem Leben Wolfs ein Ende gemacht. Selbstverständlich will heute keiner der Nazis dabeigewesen sein. Bei der Vernehmung sind viele feigen Gesellen frech genug, ihr ermordetes Opfer noch zu beschimpfen. So behauptet Lubasch, daß sie von den Reichsbannerarbeitern provoziert worden seien. Wie die zwei Reichsbannerarbeiter gemacht haben sollen, ist äußerst seltsam, um so mehr, als Lubasch erklärt, daß die beiden Reichsbannerarbeiter ausgesehen haben, eine Tatsache, die ihm „verdächtig" vorgekommen sei.

In der Einzelvernehmung entrollte sich das wüteste Bild. Feige wie immer, haben die Nazis mit Wollust auf die einzelnen Reichsbannerarbeiter eingeschlagen, bis sie einen auf schauderhafte Weise abgeschlachtet hatten.

**Rote Einheitsfront — das muß die Antwort sein!**

Der erste Tag brachte noch kein Ergebnis, der Prozeß wird unter starker Teilnahme der Arbeiter weiter. Sicher aber haben die Reichsbannerarbeiter schon aus dem Verlauf des Prozesses vom ersten Tag die Ueberzeugung mitgenommen haben, daß dringender als je nötig ist: Die rote Einheitsfront aller Werktätigen zum Kampf gegen den Faschismus auf der Straße, bei der Betriebe und Straßenbahnen!